

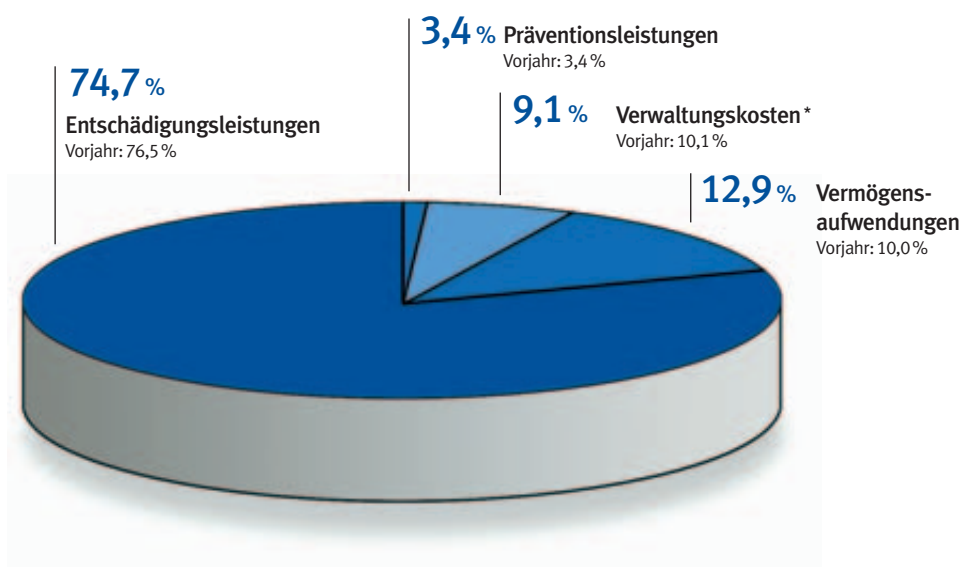
	2009	2010	
Unternehmen			
Gebietskörperschaften/Freistaat	1.026	1.002	↺
Zugewiesene Unternehmen	686	658	↺
Hilfeleistungsunternehmen	2.396	2.387	↺
Haushalte	4.706	5.303	↗
Summe:	8.814	9.350	↗

	2009	2010	
Versicherte			
Allgemeine Unfallversicherung	636.153	556.593	↺
Schüler-Unfallversicherung	815.156	811.467	↺
Summe:	1.451.309	1.368.060	↺

	2009	2010	
Unfälle			
Allgemeine Unfallversicherung	6.671	7.263	↗
Schüler-Unfallversicherung	63.941	66.594	↗
Summe:	70.612	73.857	↗

	2009	2010	
Haushaltsvolumen			
Entschädigungsleistungen	58.617.777 €	60.608.250 €	↗
Präventionsleistungen	2.623.433 €	2.790.067 €	↗
Verwaltungskosten*	7.730.091 €	7.350.779 €	↺
Vermögensaufwendungen	7.678.685 €	10.433.084 €	↗
Summe:	76.649.986 €	81.182.180 €	↗

*inklusive Verfahrenskosten



Selbstverwaltung

Die Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus. Der Vorsitz und die Stellvertretung in den Selbstverwaltungsorganen wechseln jährlich zum 1. Oktober zwischen dem Vertreter der Versi-

cherten und dem Vertreter der Arbeitgeber. Die Zusammensetzung ist das Ergebnis der zehnten allgemeinen Wahlen in der Sozialversicherung 2005 mit Nachrücken oder Ergänzungen für ausgeschiedene Mitglieder.

Vertreterversammlung

Die Vertreterversammlung ist das höchste Organ der Unfallkasse Sachsen. Dieses Gremium, das sich paritätisch aus je zwölf Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammensetzt, beschließt als Legislativorgan die Satzung und sonstiges autonomes Recht der Unfallkasse Sachsen (z. B. Haushalt und Unfallverhütungsvorschriften). Sie trifft darüber hinaus Entscheidungen in besonders bedeutsamen Verwaltungsaufgaben. Ihr Aufgabenkatalog ergibt sich aus der Satzung.

Die Vertreterversammlung trat 2010 zu zwei Sitzungen zusammen.

Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender
Rother, Ralf	Schaller, Uwe



Arbeitgebervertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Rother, Ralf	Hille, Kati
Brehm, Berthold	Harig, Michael
Dr. Müller, Ralf	Wappler, Ingolf
Möbius, Eva-Maria	Uhlig, Volker
Darmstadt, Peter	Ernst, Ewald
Dr. Voigt, Thomas	Arndt, Kerstin
Dr. Rickauer, Hans-Christian	Senf, Dietmar
Reichel, Birgit	Krauß, Inge
Steinert, Dieter	Läsker, Robert
Graichen, Henry	
<i>für den Freistaat Sachsen</i>	
Rudoph, Kerstin	Frey, Clemens
Knoblauch, Dieter	Piur, Detlef

* In der Reihenfolge dieser Liste

Versichertenvertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Schaller, Uwe	Thiele, Annelie
Tost, Dieter	Lindner, Kerstin
Maier, Ute	Lippold, Kristina
Kopp, Marion	
Nestler, Ingo	
Müller, Ekkehardt	
Barthel, Hans-Jörg	
Tatz, Michael	
Emmerlich, Matthias	
Rudat, Petra	
Müller, Helgard	
Finke, Michael	

(Stand Mai 2011)

Delegierte zur Mitgliederversammlung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung

Versichertenvertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Tost, Dieter	Schaller, Uwe Müller, Ekkehardt

* In der Reihenfolge dieser Liste

Arbeitgebervertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Franke, Reinhart	Lütkeemeier, Winfried Schastok, Hans-Georg

(Stand Mai 2011)

Die Delegierten der Unfallkasse Sachsen nahmen an den Mitgliederversammlungen am 27./28. Mai 2010 in Aachen und 25./26. November 2010 in Bremen teil.

Ausschüsse der Vertreterversammlung

Finanzausschuss

Arbeitgebervertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Rother, Ralf	Hille, Kati
Rudolph, Kerstin	Steinert, Dieter
Dr. Müller, Ralf	Dr. Voigt, Thomas

Versichertenvertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Schaller, Uwe	Barthel, Hans-Jörg
Müller, Ekkehardt	Nestler, Ingo
Maier, Ute	Kopp, Marion

* In der Reihenfolge dieser Liste

(Stand Mai 2011)

Der nur beratende Finanzausschuss trat 2010 zu einer Sitzung zusammen.

Widerspruchsausschuss

Arbeitgebervertreter
Lütke-meier, Winfried

Versichertenvertreter
Tatz, Michael
Finke, Michael

Der Widerspruchsausschuss entscheidet satzungsgemäß in Angelegenheiten von grundsätzlicher oder erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung und trat 2010 zu keiner Sitzung zusammen.

Vorstand

Der Vorstand der Unfallkasse Sachsen verwaltet als Exekutivorgan den Versicherungsträger und vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich, soweit nicht Gesetz oder sonstiges maßgebendes Recht (z. B. die Satzung) etwas anderes bestimmt. Dieses Gremium setzt sich paritätisch aus je vier Vertretern der Versicherten und der Arbeitgeber zusammen.

Der Vorstand trat 2010 zu vier Sitzungen zusammen.

Vorsitzender	Stellvertretender Vorsitzender
Haß, Uwe	Franke, Reinhart



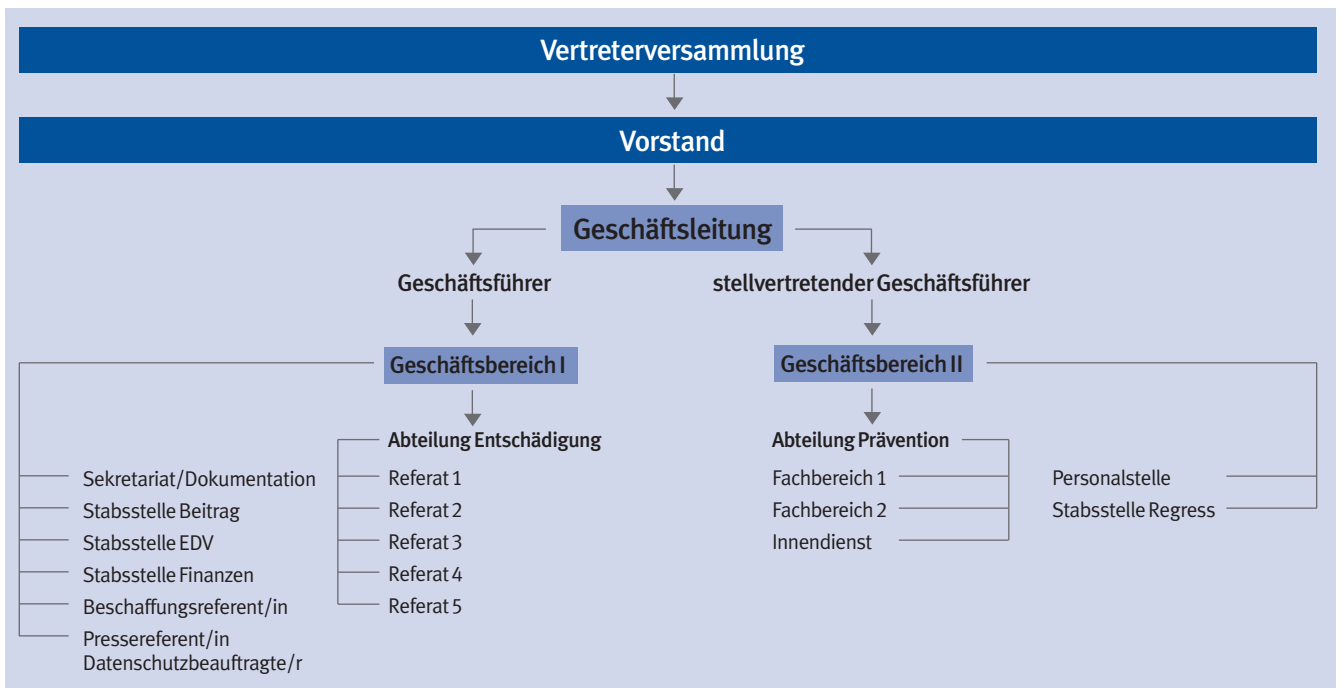
Versichertenvertreter Mitglieder	Stellvertreter*
Haß, Uwe	Langhof, Christian
Kröger, Karin	Ackermann, Jürgen
Lauer, Frank	
Filatow, Igor	

Arbeitgebervertreter Mitglieder	Persönliche Stellvertreter
Franke, Reinhart	Schneider, Dieter
Lehmann, Winfried	Müller, Andreas
Hölzel, Angelika	Zimmermann, Ulrich
<i>für den Freistaat Sachsen</i>	
Schastok, Hans-Georg	Lütke-meier, Winfried

* In der Reihenfolge dieser Liste

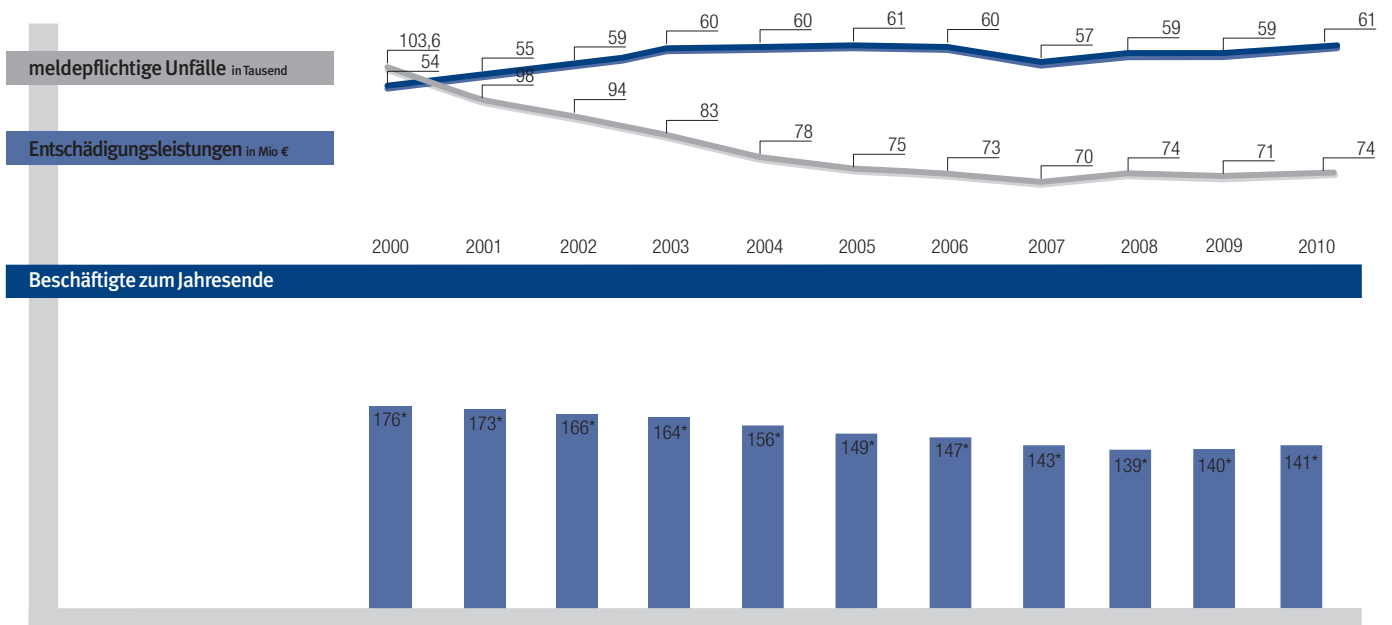
(Stand Mai 2011)

Verwaltungsaufbau und Personal



(Stand Januar 2011)

Personalentwicklung 2000 – 2010



*ohne ruhende Beschäftigungsverhältnisse und ATZ-Freistellungsphase

Öffentlichkeitsarbeit

Informationen auf den Punkt bringt das Mitteilungsblatt der Unfallkasse Sachsen. Zwei Ausgaben informierten 2010 über Aktuelles und Wissenswertes zu Arbeitssicherheit und Gesundheit. Der Beileger „SiBe-Report“ liefert in kurzen übersichtlichen Beiträgen Fachinformationen für Sicherheitsbeauftragte.

Jährlich in den Winterferien findet Sachsens größte Verbrauchermesse statt, die Haus, Garten und Freizeit in Leipzig. Mittlerweile ist unsere Mit-Mach-Fläche und ganz besonders unser Niedrigseilgarten bei vielen Kindern und Eltern zur Pflichtstation auf ihrem Messerundgang geworden.

Zum 2. Sächsischen Erzieherinnentag erlebt die DGUV-Akademie in Dresden einen wahren Ansturm von Erzieherinnen. Unser Programm erntete zum wiederholten Male Bestnoten.

2010 startet die zweijährige bundesweite Präventionskampagne „Risiko raus“. Unter diesen Motto initiierte die Unfallkasse eine

Serie von Aktionen für Grundschulen. 24 Staffeltwettbewerbe mit 160 Mannschaften über verschiedenenFinalstufen und 16 Aktionstage verbanden Spiel, Spaß und Bewegung mit Wissensvermittlung zur Sicherheit auf dem Schulweg.

Risiko Raus war auch das Motto einer Vielzahl verschiedenster Veranstaltungen, wie dem Bundesfinale der Schülersanitäter in Zittau, der Messe Interschutz in Leipzig, dem Sächsischen Familientag in Borsdorf oder den Aktivtagen auf der Festung Königstein.

Der Presseinformationsdienst liefert regelmäßig Pressemitteilungen an landesweite und regionale Medien in Sachsen. So wurde u.a. die Einführung der Zahnrettungsbox von einer Reihe von Medienaktionen flankiert.

Die Unfallkasse Sachsen arbeitet seit 2008 aktiv im DGUV-Ausschuss Kommunikation mit.



Zuständigkeit

Die Unfallkasse Sachsen ist Träger der gesetzlichen Unfallversicherung der öffentlichen Hand. Sie ist eine rechtsfähige landesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Selbstverwaltung.

Im Gebiet des Freistaates Sachsen ist die Unfallkasse Sachsen zuständiger gesetzlicher Unfallversicherungsträger für die nachfolgend aufgeführten Unternehmen und deren Beschäftigten.

Unternehmen und Versicherte (allgemeine Unfallversicherung)

Art des Unternehmens	Anzahl der Unternehmen		Anzahl der Versicherten	
	2009	2010	2009	2010
Kommunen /Freistaat Sachsen ¹⁾	1.026	1.002	192.712*	198.829*
Rechtlich selbstständige Unternehmen ²⁾	686	658	77.712	74.451
Hilfeleistungsunternehmen ³⁾	2.396	2.387	61.617	61.664
Privathaushalte ⁴⁾	4.706	5.303	4.999	5.614
davon veranlagt durch DRV-Knappschaft-Bahn-See	4.027	4.616	4.278	4.889
Summe Unternehmen und Versicherte	8.814	9.350	337.040	340.558

* einschließlich Beschäftigte in Arbeitsangelegenheiten nach §16 Abs. 3 SGB II

¹⁾ einschließlich seiner nachgeordneten Dienststellen, wie Ministerien, Behörden, Bildungs- und Gesundheits-Einrichtungen, UKS, §§ 129 Abs. 1 Nr. 1, 128 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII

²⁾ beitragspflichtig und beitragsfrei, §§ 129 Abs. 1 Nr. 1 a; 128 Abs. 1 Nr. 1 a i. V. m. 125 Abs. 3 SGB VII

³⁾ Feuerwehren, Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfallhilfe usw, §§ 128 Abs. 1 Nr. 6 i. V. m. 128 Abs. 2 SGB VII

⁴⁾ § 129 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII

Versicherte (Schüler-Unfallversicherung)

	2009	2010
Anzahl der Versicherten	815.156	811.467

Sonstiger versicherter Personenkreis

	2009	2010
Ehrenamtlich für das Land, die Gemeinde usw. Tätige	169.972	88.654
Personen, die im Zivilschutz tätig sind	8.108	8.108
Sonstige regelmäßig in nicht unerheblichem Umfang Tätige	4.379	4.526
Pflegepersonen	51.950	51.063
Blutspender	54.863	54.506
Strafgefangene	9.841	9.178
Summe	299.113	216.035

Beiträge

Bei der Unfallkasse Sachsen werden jährlich Beiträge (Umlage) nach dem durch den Haushaltsplan festgelegten voraussichtlichen Bedarf des laufenden Geschäftsjahres erhoben (§ 20 SGB IV, §§ 150 Abs. 1, 185 SGB VII).

Grundlage ist für:

- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie Landkreise die durch das statistische Landesamt vom 31.12. des vorvergangenen Kalenderjahres ermittelte Einwohnerzahl (§ 27 Abs. 2 der Satzung);
- den Freistaat Sachsen die auf die Unfallkasse Sachsen entfallenden Entschädigungsleistungen (§ 27 Abs. 3 der Satzung);
- rechtlich selbständige Unternehmen das Bruttoarbeitsentgelt des Vorjahres (§ 27 Abs. 5 der Satzung);
- Haushaltungen das monatliche Entgelt (§ 27 Abs. 6 der Satzung);

Die Vertreterversammlung beschloss auf Vorschlag des Vorstandes der Unfallkasse Sachsen dem Haushaltplan 2010 die nachfolgenden Beitragssätze zugrunde zu legen (Beschluss vom 17. Dezember 2009):

a) Beitrag zur Allgemeinen – und Pflege- sowie Schüler-Unfallversicherung der Beitragsgruppe Sächsische Kommunen verteilt auf die nachfolgend aufgeführten Umlagegruppen:

Umlagegruppe	Beitrag je EW (€) für 2010
Kreisfreie Städte	7,20
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	4,68
Landkreise	2,52

c) Beitrag zur Allgemeinen Unfallversicherung und zum Insolvenzgeld der Beitragsgruppe sonstige Beitragszahler

Beitragsgruppe	Beitrag je 1000 € Lohnsumme für 2010
	Allgemeine Unfallversicherung
Rechtlich selbstständige Unternehmen	1,98 – 3,80 ¹⁾
Haushaltungen	1,5 v. H. *

¹⁾ gestützt durch Insolvenzgeldüberschuss

* Des auf fünfzig teilbar aufgerundeten Monatsentgeltes; maximal bis 800 € Monatsentgelt

Rechtsmittel

Widersprüche

Unerledigte Widersprüche zu Beginn des Jahres	207 *
Eingegangene Widersprüche	384
Erledigte Widersprüche	397
Unerledigte Widersprüche am Ende des Jahres	194

Klageverfahren (1. Instanz)

Unerledigte Klagen zu Beginn des Jahres	175 *
Eingegangene Klagen	125
Erledigte Klagen	80
Unerledigte Klagen am Ende des Jahres	220

Berufungsverfahren (2. Instanz)

Aus dem Vorjahr übernommene Berufungen	40 *
Eingegangene Berufungen	23
Erledigte Berufungen	22
Unerledigte Berufungen am Ende des Jahres	41

Revisionsverfahren (3. Instanz)

Aus dem Vorjahr übernommene Revisionen	1
Eingegangene Revisionen	2
Erledigte Revisionen	1
Unerledigte Revisionen am Ende des Jahres	2

* Korrektur der Vorjahresangabe

Regress

Die Verfolgung von Regressansprüchen gehört zu den gesetzlichen Aufgaben eines Unfallversicherungsträgers. Das sorgfältige Prüfen und Durchsetzen dieser Ansprüche stellen eine wichtige Finanzquelle dar. Im Berichtsjahr wurden 8.211 Versicherungsfälle als potentielle Regressfälle der Regressstelle gemeldet und geprüft. 6.583 Regressfälle wurden endgültig, wegen mangelnder Anspruchsgrundlage oder vorläufig, wegen zukünftig noch zu erwartenden Aufwandes eingestellt, sowie durch Kapitalabfindung erledigt. Ins Folgejahr sind 4.384 Regressverfahren übernommen worden. 57 gerichtliche Mahnverfahren sind eingeleitet worden, 9 Gerichtsverfahren wurden anhängig und 36 neue Ratenzahlungsvereinbarungen liegen vor. Insgesamt sind das 124 Vereinbarungen. Drei Pfändungs- und Überweisungsbeschlüsse sind zugestellt worden.

Es konnten kassenwirksame Regresseinnahmen in Höhe von insgesamt 6.217.312,88 € verbucht werden. Das sind 12,69 % der Entschädigungsleistungen (ohne Altfälle). Damit kam es zu einer weiteren Steigerung gegenüber den beiden Vorjahren.

Im Diagramm ist zusätzlich, wie schon im Vorjahr, die Differenz zum Rechnungsergebnis 2010 (Saldo aus Forderungsbestand und neu eröffnete Forderungen) in Höhe von 166.271,94 € mit ausgewiesen. Der Forderungsbestand hat sich gegenüber dem Vorjahr nur gering erhöht.

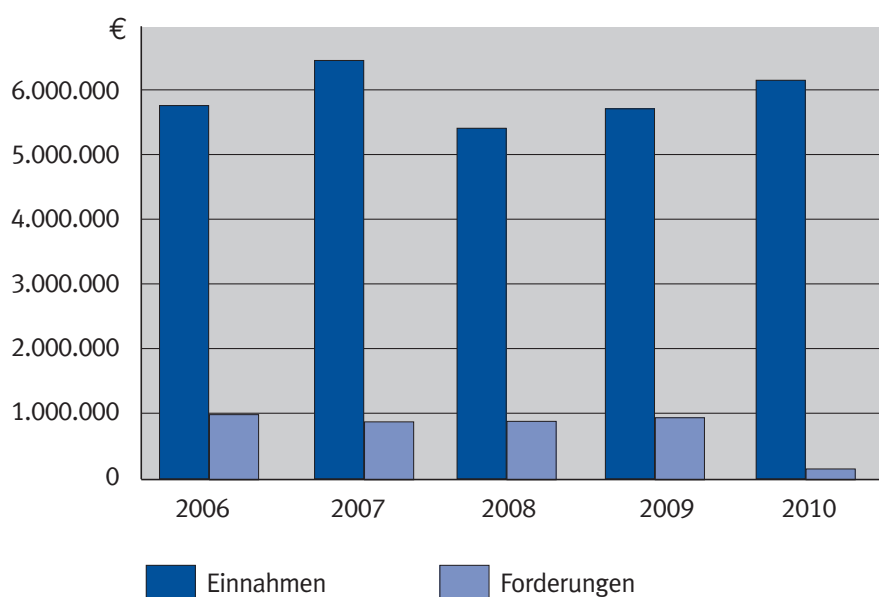
Das Jahr endete wie es begonnen hatte: Mit reichlich Schnee. Für viele eine große Freude. Aber im Winter kann der Gang vor die Tür oft zu einer rutschigen Angelegenheit werden. Bei entsprechenden Witterungsverhältnissen bildet sich schnell gefährliches Glatteis. Selbst bei Anwendung der gebotenen Vorsicht kann das zu Stürzen mit sehr schweren Verletzungen führen. Selten sind es nur ein paar blaue Flecke. Diese Fälle verursachen bei den Sozialversicherungsträgern hohe Kosten. Bei winterlichen Bedingungen tragen besonders die Fußgänger ein erhöhtes Verletzungsrisiko. Bei motorisierten Verkehrsteilnehmern stehen eher die Blechschäden im Vordergrund.

Bis zum kalendarischen Frühlingsanfang und ab der 47. Kalenderwoche bis Jahresende wurden der Regressstelle der Unfallkasse Sachsen durchschnittlich wöchentlich 289 Unfälle angezeigt. Das sind reichlich doppelt so viele Regressmeldungen wie in der wärmeren Jahreszeit. Diese Unfallhäufung ist eine erhebliche Belastung sowohl für die Haftpflichtversicherer als auch für die regressarbeitenden Stellen. Grundlage und ein wesentlicher Inhalt dieser Bearbeitung ist dabei eine zielorientierte Sachverhaltsermittlung. Nur die Kenntnis der einschlägigen Rechtsprechung ermöglicht ein gezieltes Bearbeiten und eine frühzeitige Entscheidung dazu, ob die Fallbearbeitung erfolgversprechend erscheint.

Im Fall des Fußgängerunfalls stellt sich schadensrechtlich die Frage, ob der Sturz auf eine Verletzung der Streupflicht zurück zu führen ist und wer dafür haftet. Eine erste Voraussetzung ist, dass eine „allgemeine Glätte“ vorgelegen haben muss. Das Vorhandensein von

stellenweiser Glatteisbildung reicht für die Verletzung der Streupflicht nicht aus. Es geht auch um die zeitlichen Grenzen, den Umfang der Räum- und Streupflicht und die Zumutbarkeit. Unterschiedliche Anforderungen gibt es für Fahrbahnen, Radwege und für die verschiedenen Parkplätze, sowie für Fuß- und Gehwege, aber auch an öffentliche und private Grundstücke. Deshalb ist auch frühzeitig der Streupflichtige, der Grundstückseigentümer und/oder Anlieger sein kann, zu ermitteln. Hier ist die Mitarbeit des Versicherten unverzichtbar. Genaue Angaben zur Unfallstelle, Zeugen und möglichst zeitnah angefertigte Fotos ermöglichen erst eine sichere Nachweisführung. Auch geht es nicht zuletzt um die Frage des Mitverschuldens. Die Beweislast für das Vorliegen einer Streupflichtverletzung trägt der Anspruchsteller. Für die Behauptung des Streupflichtigen, die Witterungsverhältnisse hätten Streumaßnahmen unwirksam werden lassen, ist er beweispflichtig (BGH vom 26.02.2009, III ZR 225/08).

Regress-einnahmen gesamt



Aufgaben

Das Sozialgesetzbuch VII regelt die Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherungsträger. Daher ist es Aufgabe der Präventionsabteilung der Unfallkasse Sachsen, mit allen geeigneten Mitteln Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten (BK) und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verhüten sowie für eine wirksame Erste Hilfe zu sorgen.

Diesen umfangreichen Präventionsauftrag realisieren die Mitarbeiter der Präventionsabteilung, indem Mitgliedsunternehmen beachtet und beraten werden.

Seminarangebote, Unfalluntersuchungen, BK-Recherchen, Expositionsermittlungen, die Beteiligung an Messen und Ausstellungen,

Projektförderung und die Mitarbeit in Fachgruppen der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung ist wesentliche Bestandteile der Präventionsarbeit. Darüber hinaus sind Informationsmaterialien erarbeitet und zu Themen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes zahlreiche Veröffentlichungen vorgenommen worden.

Projekte

Der Bewegungsmangel der Kinder allgemein in den sächsischen Schulen, sein Einfluss auf das Unfallgeschehen und das Sozialverhalten der Schüler und der damit verbundene Einfluss auf die Kostenentwicklung im Leistungsbereich veranlasste die Unfallkasse Sachsen, seit dem Jahr 2000 mit dem Projekt „Bewegte Schule“ zunächst die Forschungsgruppe der Universität Leipzig zu unterstützen. Im Jahr 2006 wurde der wissenschaftlich-theoretische Teil nahezu abgeschlossen. Eine praktische Umsetzung dieser Erkenntnisse mit dem Ziel ganzheitlicher Förderung der Schüler im Bezug auf ihre motorischen, sozialen und intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten und damit verbunden auch eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer, erweitert um die arbeitstechnischen Sicherheitsaspekte in der Schule, führten zu einer Weiterentwicklung des Projekts, das bis auf Weiteres angelegt ist. Diese Erkenntnisse sollen nun nach und nach flächendeckend in alle Schulen implementiert werden. Im Rahmen der Fortbildung für Zertifikatsbewerber in Dresden war die Zertifizierung weiterer Schulen vorgesehen. Es konnte von 25 Bewerbungen 13 Schulen ein Zertifikat erteilt werden. Die erfolgreichen Schulen hatten unter Beweis gestellt, dass sie Bewegung und Sicherheit in ihr Leitbild integriert haben. Betreut von der Forschungsgruppe der Universität Leipzig sowie der Aufsichtspersonen der Abteilung Prävention und Repräsentanten des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus haben sie dieses ehrgeizige Ziel realisiert.

Im Berichtsjahr 2008 hat die Unfallkasse Sachsen das Projekt „Bewegte und sichere

Kita“ gestartet. Damit soll Bewegung nachhaltig in den Alltag der Kindertagesstätten integriert werden. In dieser Entwicklungsphase legen unsere Kinder den entscheidenden Grundstein für eine gesunde Lebensweise. Die Unfallkasse Sachsen will so früh wie möglich über das Mittel der Bewegung Gesundheitserziehung nachhaltig positiv beeinflussen. Es hatten sich im Berichtsjahr 2010 29 Kitas beworben, die Zertifizierung von 18 Kitas erfolgt in 2011.

Im Jahr 2010 wurde an 44 Schulen mit insgesamt ca. 600 Schülern eine Ausbildung zum Schülersanitätsdienst durchgeführt. Nach der Ausbildung konnten ständige Schülersanitätsdienste unter Betreuung eines Lehrers eingerichtet werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention leistet das Projekt Schülerstreitschlichtung. An 28 Schulen konnten ca. 300 Streitschlichter ausgebildet werden.

Das Theaterstück „Berichte über Gewalt“ des Theaters Till wurde im Jahr 2010 vor etwa 2.200 Schülern 20 mal wiederum sehr erfolgreich aufgeführt. Mit fünf sehr unterschiedlichen aktuellen Theaterbeiträgen wurden die Zuschauer realitätsnah mit Gewalt im Alltag konfrontiert. In der anschließenden Diskussion hatten die Beteiligten Gelegenheit, eigenes Verhalten zu reflektieren.

Im Zusammenwirken mit Busunternehmen hat die Unfallkasse Sachsen Grundschulen und Förderschulen mit rund 4.700 Schülern

aus rund 35 Schulen im Projekt „Busschule“ geschult. Mit diesem Projekt wird ebenfalls das Ziel verfolgt, Wegeunfälle zu reduzieren. Die Kinder lernen das sichere Überqueren der Straße zur Bushaltestelle, werden mit den verschiedenen „Toten Winkeln“ des Busfahrzeugs konfrontiert und erhalten eine theoretische bzw. praktische Unterweisung im Umgang mit dem Bus.

Mit der Unterstützung des Projektes „Bus-Bahn-Training“ in Leipzig wurde analog zum Projekt „Busschule“ ein Beitrag zur Verkehrssicherheit unserer sächsischen Kinder geleistet.

Das Stück „Kasper und die Verkehrsdetektive“ des Puppentheaters Dieter Kussani, wurde erstmals in 5 sächsischen Städten aufgeführt. 850 Vorschulkinder, Erst- und Zweitklässler wurden in 12 Aufführungen spielerisch mit den Gefahren des Straßenverkehrs konfrontiert.

Den ersten erfolgreichen Bewerber für das Projekt „Sicherheitsaudit“ für Freiwillige Feuerwehren konnten auf der Interschutz 2010 in Leipzig die Prädikate verliehen werden. In einem Auditierungsprozess können Freiwillige Feuerwehren aus Sachsen prüfen lassen, ob ihr Sicherheitsmanagement den Anforderungen Stand hält. Dieses Projekt der Unfallkasse Sachsen wird auch 2011 fortgeführt und vom Landesfeuerwehrverband und dem Innenministerium des Freistaates Sachsen unterstützt.

Schulungen

Auch im Berichtsjahr 2010 gab es ein reichhaltiges Angebot an Schulungsmaßnahmen für unsere Versicherten. Die Themenauswahl orientierte sich an den festgelegten Schwerpunkten für Präventionsmaßnahmen und neuen Entwicklungen im Vorschriftenrecht. Im Blickpunkt standen deshalb Tätigkeiten mit hohen Unfall- und Berufskrankheitenrisiken. Ergänzt wurde das Programm mit Seminaren, die das Ziel haben, arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren zu verringern bzw. zu vermeiden, z. B. durch rechtzeitiges Erkennen und Bewältigen psychosozialer Probleme

und durch das Vermitteln von Möglichkeiten, Bewegungsarmut bzw. falschen Bewegungsabläufen im Arbeits- und Schulalltag zu begegnen.

Folgende Schulungen wurden neu aufgenommen:

- Seminar zur Elektrosicherheit, Überspannungsschutz
- Arbeits- und Gesundheitsschutz als Teil der Führungsverantwortung in der Entsorgungsbranche

	2009	2010
Seminare	183	249
Seminarteilnehmer	3.241	4.105

sowie Seminare für Erzieher/innen in Kindertageseinrichtungen zu den Themenbereichen Entspannung und Stressbewältigung, Gymnastik, motopädagogische Entwicklungsförderung und Sozialerziehung



Beratungen

Wie im vergangenen Jahr liegt die Anzahl der Beratungen auf einem sehr hohen Niveau und zeigt, dass der Beratungsbedarf zum Arbeits- und Gesundheitsschutz eine wichtige Komponente zur Unterstützung unserer Versicherten darstellt. Nach wie vor rechnet sich für den Unternehmer eine Unterstützung bei Bau- und Sanierungsvorhaben, weil einerseits die arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren vermieden bzw. verringert werden, andererseits es schon in der Planungsphase vermieden wird, nachträgliche Kosten zu erzeugen, die ggf. bei Rückbau, Umbau oder Abriss entstehen. Im Schulbereich standen die Umsetzung der Sicherheitsanforderungen bei Neubau und Sanierung von Schulsporthallen im Vordergrund. Hier wurde dem Beratungsbedarf im Hinblick auf Anforderungen an Wände, Einbausportgeräte, Spielfeldmaße und Sicherheitsabständen Rechnung getragen. Sehr häufig werden Schulbauten umgebaut, wie beispielsweise die Schule zum Hort oder die Schule zur Kindertageseinrichtung. Hier war großer Beratungsbedarf zu verzeichnen. Häufig musste zu den Anforderungen an Treppen, zur Absturzsicherheit, Verglasungen, Geländer- und Handlaufgestaltung beraten werden. Daneben gab es hohen Beratungsbedarf hinsichtlich der Anforderungen an einen Spielplatz. Nicht nur die Geräte selbst, sondern auch die Fallschutzuntergründe und das naturnahe Spielen standen im Beratungsmittelpunkt. Immer wieder wurde zum Thema Flucht- und Rettungstreppe in Kindertageseinrichtungen und Schulen beraten, damit die Sachkostenträger den Anforderungen genügen.

Ein weiterer Schwerpunkt wurde beim vorbeugenden Brandschutz in den Schulen gesetzt. Es wurden Defizite in Größenordnungen festgestellt. Viele Beratungen erfolgten zur Frage des zweiten baulichen Rettungsweges. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden zur Nutzung von Kletterhallen und Seilgärten sowie zur Nachhallzeit und Raumakustik beraten.

Beratungsbedarf besteht nach wie vor im Umgang mit den Motorkettensägen, der persönlichen Schutzausrüstung, zu Gefahrstoffen oder brennbaren Flüssigkeiten. Weiterer Beratungsbedarf ergab sich bei der Bedienberechtigung für Fahrzeuge.

Im Gesundheitsdienst ist der Beratungsbedarf zur Prävention von Hauterkrankungen nach wie vor gegeben, so dass die Unfallkasse Sachsen auch in diesem Berichtsjahr zur Vermeidung einer Berufskrankheit individuelle Beratungen der Versicherten zur richtigen Anwendung von Hautschutzmitteln durchführte.

Im Forstbereich standen Beratungen zu Borrelioseerkrankungen, Lärm und persönlicher Schutzausrüstung im Vordergrund. Wie im vergangenen Jahr war der Bedarf von Beratungen einzelner Beschäftigter mit psychischen Gesundheitsbeeinträchtigungen, hervorgerufen durch Mobbing oder emotionale Erschöpfung, in zunehmendem Maße festzustellen.

In den Sparkassen wurden Beratungen zur Kassensicherung durchgeführt. Im Fokus

	2009	2010
Beratungen	6.487	6.285
davon vor Ort	353	210
davon im Schulbereich	3.844	3.471

stand der Um- und Neubau von Geschäftsstellen.

Im Bereich der Feuerwehr ist der Beratungsbedarf nach wie vor hoch. Beratungen zur Umsetzung bestehender Rechtsvorschriften im Arbeits- und Gesundheitsschutz sind im vergangenen Jahr wieder angefallen. Im Mittelpunkt der Fragen zum Versicherungsschutz standen Fragen zu Altersbeschränkung für die Jugendfeuerwehr oder den aktiven Dienst. Nach wie vor stehen hier im Mittelpunkt Beratungen zur geeigneter persönlicher Schutzausrüstung und gesundheitlicher Eignung für den Feuerwehrdienst. Immer häufiger werden Bauberatungen und Projektprüfungen im Zusammenhang mit dem Neubau von Feuerwehrhäusern erforderlich. So ist die UK Sachsen z.B. an der Planung der „Citywache“ in Dresden und der Erweiterung „Feuerwache Dresden-Übigau“, an 3 Gruppenwachen in Leipzig, an der Feuerwehr in Reichenbach / Vogt. und zahlreichen weiteren Feuerwehrhäusern beteiligt. Bei allen Fragen der Beratung arbeitet die Unfallkasse Sachsen eng mit der Landesfeuerweherschule und dem Landesfeuerwehrverband, hier insbesondere dem Referat Soziales und der Landesjugendfeuerwehr, zusammen.

Druckschriften

Unsere versicherten Unternehmen erhielten regelmäßig erscheinende Zeitschriften, u. a. Faktor Arbeitsschutz und Pluspunkt. Darüber hinaus wurden an Unternehmen die Zeitschrift „Sicherheitsingenieur“ und an die Schulen Lehrerbriefe versandt. Zwei Ausgaben des Mitteilungsblattes „i punkt“ einschließlich des „SiBe-Reports“ wurden zur Verfügung gestellt.

Die Unternehmen der Schüler-Unfallversicherung erhielten auch im Jahr 2010 wieder Wandkalender, allen Kindertageseinrichtungen wurden in der jährlichen Versandaktion neue Druckschriften und weitere aktuelle Materialien übergeben. Gut angenommen wurde der Zugriff auf den Medienkatalog des Dachverbandes (Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V.) über die Homepage der

Unfallkasse Sachsen. Hier kann das gesamte Vorschriften- und Regelwerk aller Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand eingesehen und heruntergeladen werden. Auch speziell erarbeitete Informationen der Unfallkasse Sachsen für ihre eigenen Unternehmen sind hier im Volltext eingestellt.

Überwachungen, Kontrollen und Besichtigungen

Schwerpunkte der Überwachungen waren Mitgliedsunternehmen und Betriebsstätten, in denen ein hohes Gefährdungspotenzial oder ein hohes Unfallaufkommen zu verzeichnen ist.

Im Schulbereich wurde der Schwerpunkt auf Untersuchungen der Schulen gelegt, die sich für ein Zertifikat „Bewegte und sichere Schule“ beworben hatten. Wie in den vergangenen Jahren stand die Besichtigung von Schulen und Kindertagesstätten nach Neubau und Rekonstruktionsmaßnahmen im Fokus der Aufsichtspersonen. Besonderes Augenmerk lag auf dem baulichen Brandschutz.

Die Anzahl der Stellungnahmen sowie der Beratungsbedarf bei Sanierung, Erweiterung oder Neubau von abwassertechnischen Anlagen, Bädern und Schulschwimmbädern sind im letzten Jahr weiter gestiegen. In der Planungs- als auch während der Bauphase vor Ort war die Beratung zur Berücksichtigung der erforderlichen Unfallverhütungsmaßnahmen für den Bauherrn eine wichtige und unverzichtbare Unterstützung. Nach wie vor bezieht sich die Überwachungsstätigkeit auf die gefährlichen Arbeiten im Entsorgungsbereich auf gefährliche Tätigkeiten, wie das Einsteigen in Schächte, das Arbeiten in engen Räumen oder Arbeiten mit Absturzgefahr. In Bädern liegt der Schwerpunkt, auch aufgrund der Unfallereignisse, auf Tätigkeiten mit Gefahrstoffen. Augenmerk speziell in Freibädern ist die Vermeidung von Arbeiten mit Absturzgefahr z.B. das Einsteigen in Schieber- u.a. Schächte, die technisch so auszurüsten sind, dass ein Einsteigen nicht erforderlich ist.

Ein weiterer Schwerpunkt der Überwachung lag im Bereich der kommunalen Bauhöfe. Die sinkenden Beschäftigungszahlen in den kommunalen Einrichtungen führen zu Problemen wie Alleinarbeit bzw. verstärktem Einsatz von Hilfskräften, welche nur ungenügend qualifiziert sind. Der technische Zustand der eingesetzten Maschinen und Geräte sowie die baulichen Gegebenheiten bedürfen finanzieller Mittel, die nur begrenzt zur Verfügung stehen. Die Stellenreduzierung sowie die großflächige Ausdehnung der Kommunen führen dazu, dass Kontrollen vor Ort und notwendige fachliche Anleitungen nicht durchgängig gewährleistet sind.

Im Feuerwehrebereich lag der Schwerpunkt der Überwachungen und Beanstandungen wie im vergangenen Jahr im Bereich der persönlichen Schutzausrüstung der Feuerwehreinsatzkräfte sowie auf Revieren und Werkstätten von Polizeidienststellen. Bei der Besichtigung wurden nach wie vor Defizite festgestellt, wie zum Beispiel unzureichende Umkleideanlagen, mangelhafte Sanitärebereiche, unzulässige Lagerung und Aufbewahrung von Gefahrstoffen sowie unvollständige Prüfungen von Arbeitsmitteln, Geräten und Ausrüstungen. Hier besteht nach wie vor Handlungsbedarf. Probleme werden des Weiteren bei der Wartung von Drehleiterfahrzeugen und dem Umgang mit Motorkettensägen gesehen.

	2009	2010
Überwachungen	927	804
Beanstandungen	4.211	4.246
Anordnungen	328	286
davon sofort vollziehbar	74	62



Gutachten/Stellungnahmen

Gutachten und Stellungnahmen gaben die Aufsichtspersonen der Unfallkasse Sachsen zur Aktualisierung bzw. Neubearbeitung im Rahmen des Vorschriftenwerkes (Vorschriften, Regeln, Informationen) zu technischen Regeln, DIN- und VDI-Entwürfen, zu Bauplanungen und anderen Broschüren ab. In 193 Fällen ermittelten die Aufsichtspersonen im

	2009	2010
Gutachten/Stellungnahmen	80	96

Rahmen von Feststellungsverfahren zum Verdacht auf Berufskrankheiten. An der Spitze der von den Aufsichtspersonen geführten Ermittlungen lagen in diesem Berichtsjahr Ermittlungen zu Wirbelsäulenerkrankungen (39 Fälle), gefolgt von Asbest (33 Fälle) und Lärm (29 Fälle).

Im Berichtsjahr wurden von der Unfallkasse Sachsen diese Teilhabe-Maßnahmen erbracht:

Art der Maßnahme	Anzahl
Versorgung mit orthopädischem Schuhwerk, Körperersatzstücken und anderen Hilfsmitteln (ohne Brillen)	13.094
Förderunterricht	4
Fahrtkostenerstattung bei schulischer Rehabilitation	90
Arbeits- und Belastungserprobungen	345
Kraftfahrzeughilfe	10
Wohnungshilfe	27
Berufliche Anpassung, Ausbildung, Fortbildung und Umschulung	57
Sonstige Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft/Arbeitsleben	127
Erholungsurlaub für Schwerstverletzte	7
Rehabilitationssport und Funktionstraining	28
Eingliederungshilfen an Arbeitgeber	19
Leistungen in Werkstätten für behinderte Menschen	13



Unfall- und Berufskrankheitengeschehen

Der Unfallkasse Sachsen wurden 2010 insgesamt 3310 Arbeits- und Wegeunfälle mehr angezeigt als 2009.

Im Bereich der Allgemeinen Unfallversicherung ist eine Zunahme der Arbeitsunfälle

ebenso erkennbar wie bei den Wegeunfällen. Auch in der Schülerunfallversicherung ist eine Steigerung der angezeigten Versicherungsfälle in beiden Bereichen erkennbar. Bei den Todesfällen ist in der Allgemeinen Unfallversicherung ein Rückgang zu verzeichnen, in

der Schülerunfallversicherung ist gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg offenbar.

Bei den Berufskrankheiten zeigt sich für das Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr ein reduziertes Anzeigengeschehen auf.

1. Meldepflichtige Unfälle und Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit

	Allgemeine UV		Schüler-UV		Summe		Veränderungen zum Vorjahr	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	absolut	%
Arbeitsunfälle	4.853	4.697	60.801	58.394	65.654	63.091	2.563	4,06
Wegeunfälle	2.410	1.974	5.793	5.547	8.203	7.521	682	9,07
Berufskrankheiten	428	449	13	22	441	471	-30	-6,37
Summe	7.691	7.120	66.607	63.963	74.298	71.083	3.215	4,52
davon Todesfälle	1	3	4	2	5	5	0	0

2. Anzahl der meldepflichtigen Unfälle/Erkrankungen im Bereich der Allgemeinen UV

	Arbeitsunfälle		Wegeunfälle		Berufskrankheiten		Summe		Veränderungen zum Vorjahr	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	absolut	%
Kreisfreie Städte	596	557	369	264	38	51	1.003	872	131	15,02
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	824	762	299	235	25	41	1.148	1.038	110	10,60
Landkreise	261	250	209	136	12	11	482	397	85	21,41
Staatliche Verwaltungen	1.058	969	695	571	58	137	1.811	1.677	134	7,99
Straßenbauämter, Autobahnamt/-meistereien	18	24	2	4	1	1	21	29	-8	-27,59
Rettungsdienste einschließlich freiwillige und Berufsfeuerwehren, Einzelhelfer	364	398	24	54	5	20	393	472	-79	-16,74
Sonstige Unternehmen/Versicherte	1.732	1.737	812	710	289	188	2.833	2.635	198	7,51
Summe	4.853	4.697	2410	1.974	428	449	7.691	7.120	571	8,02

3. Anzahl der meldepflichtigen Unfälle/Erkrankungen im Bereich der Schüler-UV

	Arbeitsunfälle		Wegeunfälle		Berufskrankheiten		Summe		Veränderungen zum Vorjahr	
	2010	2009	2010	2009	2010	2009	2010	2009	absolut	%
<i>Kindertageseinrichtungen/Horte</i>										
Kreisfreie Städte	3.628	3.406	103	115	0	0	3.731	3.521	210	5,96
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	4.576	4.360	153	137	0	0	4.729	4.497	232	5,16
Landkreise	38	42	3	5	0	0	41	47	-6	-12,77
Staatliche und private Kindereinrichtungen	9.875	8.968	278	280	0	0	10.153	9.248	905	9,79
<i>insgesamt</i>	<i>18.117</i>	<i>16.776</i>	<i>537</i>	<i>537</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>18.654</i>	<i>17.313</i>	<i>1.341</i>	<i>7,75</i>
<i>Allgemeinbildende und berufsbildende Schulen</i>										
Kreisfreie Städte	11.465	10.841	1.217	1.107	2	10	12.684	11.958	726	6,07
Kreisangehörige Städte und Gemeinden	20.131	20.344	1.638	1.741	1	0	21.770	22.085	-315	-1,43
Landkreise	6.034	5.703	1.127	966	4	3	7.165	6.672	493	7,39
Staatl. und priv. Schulen	4.131	3.813	826	777	6	6	4.963	4.596	367	7,99
<i>insgesamt</i>	<i>41.761</i>	<i>40.701</i>	<i>4.808</i>	<i>4.590</i>	<i>13</i>	<i>19</i>	<i>46.582</i>	<i>45.311</i>	<i>1.271</i>	<i>2,81</i>
<i>Hochschulen, Universitäten und Fachhochschulen</i>										
Staatliche und private Einrichtungen	923	917	448	419		3	1.371	1.339	32	2,39
Summe	60.801	58.394	5.793	5.547	13	22	66.607	63.963	2.644	4,13

4. Anzahl ausgewählter Anzeigen auf Verdacht einer Berufskrankheit

BK-Nr.	BK-Kurzbezeichnung	2009	2010
3101	Infektionskrankheiten	90	102
5101	Hauterkrankungen (einschl. 0080)	196	188
1201	Erstickungsgase Kohlenmonoxid	3	4
2301	Lärmschwerhörigkeit	25	13
2108	Bandscheibenbedingte Krankheiten der Lendenwirbelsäule (LWS) durch langjähriges Heben und Tragen schwerer Lasten (einschl. 0070)	24	14
3102	Infektionskrankheiten (von Tieren auf den Menschen übertragbar)	24	16
	sonstige Erkrankungen*	109	79
Summe		471	416

* Erkrankungen, die durch Lösungsmittel, Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) und sonstige chemische Stoffe hervorgerufen (BK-Nr. 1301-1318) wurden, die durch physikalische Einwirkungen (BK-Nr. 2101-2402), durch chemische Einwirkungen (BK-Nr. 1101-1202), durch anorganische/organische Stäube (BK-Nr. 4101-4203) verursacht wurden. Obstruktive Atemwegserkrankungen (BK-Nr. 4301-4302) und sonstige Erkrankungen.

5. Gesamtausgaben an Entschädigungsleistungen

	Allgemeine UV	Schüler-UV	Summe
	€	€	€
2010	39.335.437,56	21.272.812,46	60.608.250,02
2009	37.178.342,97	21.439.434,31	58.617.777,28
Veränderungen zum Vorjahr			
absolut	2.157.094,59	-166.621,85	1.990.472,74
in Prozent	5,80	-0,78	3,40



6. Ausgaben für Heilbehandlung und Rehabilitation

Bezeichnung	Konten- gruppe	Allgemeine UV		Schüler-UV		Summe		Veränderungen zum Vorjahr	
		2010 €	2009 €	2010 €	2009 €	2010 €	2009 €	absolut €	%
Ambulante Heilbehandlung	40	6.737.621,24	6.035.440,73	8.028.107,00	7.986.267,80	14.765.728,24	14.021.708,53	744.019,71	5,3
Zahnersatz	45	60.152,37	64.691,80	194.879,44	273.026,93	255.031,81	337.718,73	-82.686,92	-24,5
Stationäre Behandlung und häusliche Krankenpflege	46	4.675.054,16	4.067.590,39	5.815.924,85	6.145.396,26	10.490.979,01	10.212.986,65	277.992,36	2,7
Verletztengeld und besondere Unterstützung	47	3.050.330,60	2.667.279,64	239.070,26	253.415,02	3.289.400,86	2.920.694,66	368.706,20	12,6
Sonstige Heilbehandlungskosten, ergänzende Leistungen zur Heilbehandlung, Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und Pflege	48	2.533.942,86	2.244.628,61	2.528.120,98	2.321.260,33	5.062.063,84	4.565.888,94	496.174,90	10,9
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	49	332.270,92	456.877,78	677.180,32	1.010.743,53	1.009.451,24	1.467.621,31	-458.170,07	-31,2
Summe		17.389.372,15	15.536.508,95	17.483.282,85	17.990.109,87	34.872.655,00	33.526.618,82	1.346.036,18	4,0

7. Entwicklung der Renten

Bezeichnung	Verletzte und Erkrankte		Witwen und Witwer		Waisen		Summe	
	Allgemeine UV	Schüler-UV	Allgemeine UV	Schüler-UV	Allgemeine UV	Schüler-UV	Allgemeine UV	Schüler-UV
Bestand Ende 2009	4.090	688	375	2	55	4	4.520	694
Zugänge	115	66	3	0	0	0	118	66
Abgänge	182	48	25	0	5	1	212	49
Bestand Ende 2010	4.023	706	353	2	50	3	4.426	711

8. Ausgaben für Renten

Bezeichnung	Konten- gruppe	Allgemeine UV		Schüler-UV		Summe		Veränderungen von '09 auf '10	
		2010 €	2009 €	2010 €	2009 €	2010 €	2009 €	absolut €	%
Renten an Versicherte und Hinterbliebene	50	21.115.497,20	21.138.145,50	3.404.999,65	3.352.977,93	24.520.496,85	24.491.123,43	29.373,42	0,12
Beihilfen, Abfindungen, Sterbegeld, Mehrleistun- gen u. Aufwendungsersatz	51-57	449.995,11	367.415,34	193.879,14	96.346,51	643.874,25	463.761,85	180.112,40	38,84
Leistungen bei Unfall- untersuchungen	58	380.573,10	136.273,18	190.650,82	-	571.223,92	136.273,18	434.950,74	319,18
Summe		21.946.065,41	21.641.834,02	3.789.529,61	3.449.324,44	25.735.595,02	25.091.158,46	644.436,56	2,57

Bilanz

		€
00-02	Zahlungsmittel, Forderungen, Termineinlagen der Betriebsmittel	23.239.098,30
04	Sonstige Aktiva der Betriebsmittel	1.766.841,07
06-07	Zahlungsmittel und Bestände Verwaltungsvermögen	9.278.437,91
Aktiva		34.284.377,28
10	Betriebsmittel	24.517.804,93
11	Kurzfristige Verbindlichkeiten, Kredite, Darlehen	488.134,44
16	Verwaltungsvermögen	9.278.437,91
Passiva		34.284.377,28

Jahresrechnung

Kontenklasse Kontengruppe	Zweckbestimmung	Rechnungsergebnis 2009 €	Plan 2010 €	Rechnungsergebnis 2010 €	Abweichung zum Vorjahr: Sp. 5 – Sp. 3 in € in%	
1	2	3	4	5	6	7
Einnahmen						
1	Einnahmen Verwaltungs- vermögen	-	-	285.712,86	285.712,86	100,00
2	Beiträge und Gebühren	64.526.114,26	64.020.000,00	64.446.850,96	-79.263,30	-0,12
3	Vermögenserträge und sonstige Einnahmen	12.123.871,43	7.591.000,00	16.449.616,67	4.325.745,24	35,68
2/3	Einnahmen gesamt	76.649.985,69	71.611.000,00	81.182.180,49	4.532.194,80	5,91
Ausgaben						
4/5	Leistungen					
40 - 58	Entschädigung und Renten	58.617.777,28	60.780.000,00	60.608.250,02	1.990.472,74	3,40
59	Prävention	2.623.433,07	2.845.000,00	2.790.067,37	166.634,30	6,35
4/5	Summe Kontenklasse 4 und 5	61.241.210,35	63.625.000,00	63.398.317,39	2.157.107,04	3,52
6	Vermögensaufwendungen und sonstige Ausgaben					
61	Aufwendungen des Verwaltungs- vermögen	-	133.000,00	381.186,00	381.186,00	100,00
62	Schuldzinsen 2009	121,95	-	-	-121,95	-100,00
63	Umlagewirksame Vermögens- aufwendungen	-	1.000,00	774,70	774,70	100,00
64	Beitragsausfälle	17.217,80	14.000,00	9.847,51	-7.370,29	-42,81
67	Zuführung zu den Vermögen	7.635.453,77	-	10.020.479,77	2.385.026,00	31,24
69	Sonstige Aufwendungen	25.891,08	31.000,00	20.795,76	-5.095,32	-19,68
6	Summe Kontenklasse 6	7.678.684,60	179.000,00	10.433.083,74	2.754.399,14	35,87
7	Verwaltungskosten / Verfahrenskosten					
70 - 71	Persönliche Verwaltungskosten	5.715.620,20	5.749.000,00	5.614.825,12	-100.795,08	-1,76
72 - 73	Sächliche Verwaltungskosten	691.109,91	1.207.000,00	873.010,54	181.900,63	26,32
74	Aufwendungen für die Selbstverwaltung	22.174,34	23.000,00	21.097,07	-1.077,27	-4,86
75	Vergütungen an andere für Verwaltungsarbeiten	611.172,16	651.000,00	697.158,90	85.986,74	14,07
76 - 79	Verfahrenskosten	690.014,13	177.000,00	144.687,73	-545.326,40	-79,03
7	Summe Kontenklasse 7	7.730.090,74	7.807.000,00	7.350.779,36	-379.311,38	-4,91
4 - 7	Ausgaben gesamt	76.649.985,69	71.611.000,00	81.182.180,49	4.532.194,80	5,91

Bezugsadresse:

Unfallkasse Sachsen
Körperschaft des öffentlichen Rechts
gesetzliche Unfallversicherung
PF 42 · 01651 Meißen

Telefon: 0 35 21/72 40 · Telefax: 0 35 21/72 43 33
E-Mail: redaktion@unfallkassesachsen.com
www.unfallkassesachsen.com
Fotonachweis: panthermedia
Bildserie: Gelpi José Manuel

Bilder des Jahres 2010



Prof. Müller, Buchautorin und Leiterin der Projektgruppe, auf dem Erzieherinnentag.



Ab in den Seilgarten. Ein Selbstversuch auf dem Erzieherinnentag.



Erstmals auf der Interschutz verliehen: Der Titel „Sichere Feuerwehr“.



Zur HGF wieder das gewohnte Bild: Bei der Unfallkasse dichtes Gedränge.



Risiko-Raus-Sieger im Vogtlandfinale: Die Karl-Marx-Grundschüler



Total verregnetes Zittau: Der Bundeswettbewerb der Jugendsanitäter.